

Institut für Strategieberichten (ISA)

DEMOKRATIERADAR WELLE 2

Zukunftskompass Niederösterreich

Forschungsbericht

Katrin Praprotnik und Peter Filzmaier
unter Mitarbeit von Daniela Ingruber

Wien, im Juni 2025

AUTOR UND AUTORINNEN

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

ist Professor für Politikwissenschaft an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität für Weiterbildung Krems sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieberatungen (ISA) in Wien.

Einen vollständigen Tabellenband der Studie finden Sie unter <https://strategieanalysen.at>

Dr.ⁱⁿ Katrin Praprotnik

ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Karl-Franzens-universität Graz sowie am Institut für Strategieberatungen (ISA) in Wien.

Dr.ⁱⁿ Daniela Ingruber

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategieberatungen (ISA) in Wien.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
2. Eckdaten der Untersuchung	5
3. Zentrale Ergebnisse	6
Impressum	15

1. EINLEITUNG

Das Institut für Strategieberatungen (ISA) hat im Auftrag des Landes Niederösterreich den **Demokratieradar | Welle 2** durchgeführt.

Der Demokratieradar versteht sich als **Teil des Zukunftskompass Niederösterreich**. Im Rahmen des Zukunftskompass Niederösterreich erfolgt auch die Durchführung der jährlichen Studien Repräsentativbefragung und Befragung der Schülerinnen und Schüler. Diese Studien werden – wie auch die zweimal jährlich durchgeführten Studien des Demokratieradars – federführend von Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier (Leitung) und Dr. Katrin Praprotnik (Co-Leitung) durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt die jährliche Erstellung eines wissenschaftlichen Gesamtberichts auf Basis von Studien bzw. Dokumenten des Landes Niederösterreich unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt. Das Projektmanagement obliegt Frau Dr. Daniela Ingruber.

Die Studien des Demokratieradars verfolgen drei wesentliche Ziele. Erstens sollen die **Einstellungen der Bevölkerung zum Thema Demokratie über die Zeit** hinweg sichtbar gemacht werden. Dazu werden in jeder Befragungswelle zentrale Fragen wiederholt gestellt. Zweitens soll ein jeweils **pro Welle gesetzter Schwerpunkt** die Analyse einer aktuellen Fragestellung rund um das Thema Demokratie ermöglichen. Drittens soll die **disproportionale österreichische Grundgesamtheit zu Gunsten der Bevölkerung aus Niederösterreich** einen Vergleich zwischen den Einstellungen der Menschen in diesem Bundesland zu jenen aus Gesamtösterreich bieten.

Den Schwerpunkt der zweiten Welle des Demokratieradars bildet das **Thema öffentliche Verwaltung**. Hierfür wurden Fragen zu den Leistungen und Services der Behörden und Ämter ebenso entwickelt wie Fragen rund um die Bereiche Digitalisierung im Allgemeinen und künstliche Intelligenz im Besonderen.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der aktuellen Studie. Diese werden sowohl im Vergleich zur Wohnbevölkerung in Niederösterreich als auch im Vergleich zur ersten Welle des Demokratieradars dargestellt.

Gesondert gestaltet wurden ein Tabellenband sowie die graphische Darstellung zentraler Ergebnisse.

2. ECKDATEN DER UNTERSUCHUNG

Die Zielgruppe der Studie ist die österreichische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, wobei eine disproportionale Stichprobe zu Gunsten von Personen aus Niederösterreich gezogen wurde. Insgesamt wurden 2.080 Personen (darunter 800 Personen aus Niederösterreich) entweder telefonisch oder mittels online-Befragung interviewt.

Die Daten wurden nach unterschiedlichen Kriterien wie etwa Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsstand, verfügbares Geld oder Wohnort ausgewertet. Die Feldarbeit wurde von Triple M Matzka Insights zwischen dem 18. März und dem 2. Mai 2025 durchgeführt.

Forschungsdesign

Zielgruppe	Österreichische Wohnbevölkerung, ab 16 Jahre
Befragte	n=2.080 (davon n=800 aus Niederösterreich)
Feldphase	18. März – 02. Mai 2025
Methode	Kombination von telefonischer Befragung (CATI) und online-Befragung (CAWI)
Auftraggeber	Land Niederösterreich
Ausführendes Institut	Institut für Strategieanalysen (ISA)
Feldarbeit	Triple M Matzka Insights

Der Fragebogen wurde in vier thematische Blöcke gegliedert, die sich auch in der Gliederung dieses Berichts abbilden: **Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft (Kap. 3.1)**, **Einstellungen zur Demokratie (Kap. 3.2)**, **Einstellungen zur Politik (Kap. 3.3)** und **Öffentliche Verwaltung (Kap. 3.4)**. Gefragt wurde u. a.:

- nach der Bewertung der Entwicklung und der Zukunftsaussichten Österreichs (**Bilanz Österreich und österreichische Gesellschaft**).
- nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich und dem Reformbedarf in unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems (**Einstellungen zur Demokratie**).
- wie groß das Interesse an der Politik ist und wie sehr man der Politik im Allgemeinen, aber auch verschiedenen Institutionen und Akteuren im Speziellen vertraut (**Einstellungen zur Politik**).
- nach den eigenen Erfahrungen mit Behörden und Ämtern sowie der Bewertung der Digitalisierung und des Einsatzes von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung (**Öffentliche Verwaltung**).

3. ZENTRALE ERGEBNISSE

3.1 Bilanz Österreich und Gesellschaft

3.1.1 Vergangene Entwicklung

Die **Mehrheit der Befragten sieht eine negative Entwicklung Österreichs** in den vergangenen zwölf Monaten. 61 Prozent geben dies aktuell an. Es sind rund 26 Prozent, die meinen, es hat sich nichts verändert und nur elf Prozent, die die Entwicklung positiv beurteilen. Die Situation innerhalb Niederösterreichs unterscheidet sich nicht von Gesamtösterreich.

Trotz diesen Zahlen kann festgestellt werden, dass es zu einer **leichten Verbesserung im Vergleich zur ersten Welle** gekommen ist: Damals meinten noch 70 Prozent, die Entwicklung ist eher negativ gewesen (gegenüber sieben Prozent eher positiv und 22 Prozent keine Veränderung).

Hinsichtlich soziodemographischer Merkmale zeigt sich in der zweiten Welle erneut, dass **Menschen, die einen Lehrabschluss oder einen Abschluss an einer Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) haben, mit der vergangenen Entwicklung messbar häufiger unzufrieden sind** (67 Prozent eher negativ im Vergleich zu 61 Prozent gesamt). Es sind in dieser Welle anders als im Vergleich zur ersten Welle auch die Jüngeren, die mit der Entwicklung unzufriedener sind.

Die Zufriedenheit mit der vergangenen Entwicklung hängt besonders stark mit der **subjektiven Einschätzung des eigenen Vermögens** zusammen. Jene Menschen, die angeben über genug Geld zu verfügen, beurteilen die Entwicklung vergleichsweise nur zu 50 Prozent negativ. Jene, die angeben finanziell meist knapp zu sein, zu 70 Prozent.

3.1.2 Erwartete Entwicklung

Zudem **sehen die Zukunftserwartungen besser** aus als die Bewertungen der vergangenen Entwicklung. Es sind immerhin 21 Prozent der Befragten, die meinen, Österreich werde sich in den kommenden Jahren positiv entwickeln. 35 Prozent meinen, es wird sich nur wenig ändern und 42 Prozent sagen, sie erwarten eine negative Entwicklung.

Interessant ist, dass dieses Ergebnis im Vergleich zur ersten Welle stabil geblieben ist.

Allerdings zeigt sich in der aktuellen und der vergangenen Welle, dass **junge Menschen bis 29 Jahre messbar häufiger eine negative Entwicklung** erwarten (50 Prozent eher negativ im Vergleich zu 42 Prozent gesamt). Diese verstärkt negativen Erwartungen sind auch bei Personen mit Lehr- oder BMS-Abschluss sowie bei (Fach-)Arbeiterinnen und -arbeitern zu finden. Die gleiche Schlussfolgerung gilt für Personen, die sich nach eigenen Angaben in einer finanziell schwierigen Situation befinden.

3.1.3 Persönliche Einordnung

Auch wenn sich die Zahlen geringfügig im Vergleich zur ersten Welle verbessert haben, so bleibt die **mehrheitlich geäußerte Sorge, dass sich die Gesellschaft in Österreich immer weiter auseinanderentwickelt**. Rund acht von zehn Befragten stimmen einer entsprechenden Aussage sehr oder zumindest eher zu.

Diese Sorge findet sich bei Männern und Frauen sowie Jüngeren und Älteren und ist auch quer über die Bundesländer hinweg auffindbar. Noch eine Spur verstärkt ist sie bei Menschen mit einem Pflichtschulabschluss sowie Personen in Pension messbar. Zudem gibt jede zweite Person, die meist knapp mit ihrem Einkommen ist, an, dass sie sich große Sorgen über die Auseinanderentwicklung der Gesellschaft macht.

Geteilt und annähernd stabil sind die Einstellungen hinsichtlich der beiden weiteren Aussagen zur persönlichen Einordnung der Befragten. Es stimmen 20 Prozent sehr und weitere 31 Prozent eher der Aussage zu, dass es Menschen wie sie in Österreich zusehends schwerer haben. 23 bzw. 22 Prozent können dieser Aussage eher bzw. gar nicht zustimmen. Der Aussage, dass man mit der eigenen wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden ist, stimmen 20 Prozent sehr und weitere 37 Prozent eher zu. 25 Prozent bzw. 17 Prozent können dieser Aussage eher nicht bzw. gar nicht zustimmen.

3.2 Einstellungen zur Demokratie

3.2.1 Idealmodell und Umsetzung

Mehrheitlich wird die Demokratie trotz ihrer Probleme als beste Regierungsform angesehen. 58 Prozent und weitere 31 Prozent stimmen der Aussage „Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, ist aber besser als jede andere Regierungsform.“ sehr bzw. eher zu. Nur sechs Prozent stimmen der Aussage eher nicht zu und weitere drei Prozent stimmen ihr gar nicht zu. Diese Werte bleiben im Vergleich zum ersten Demokratieradar stabil.

Es gibt im Antwortverhalten zu dieser Frage einen **klar messbaren Generationenunterschied**, der bereits aus der ersten Welle bekannt ist. Ältere Befragte stimmen der Aussage messbar häufiger sehr zu als jüngere Befragte. In der **Gruppe bis 29 Jahre stimmen 52 Prozent der Aussage, die Demokratie ist trotz ihrer Probleme die beste Regierungsform** sehr zu. In der Gruppe ab 60 Jahren tun dies 67 Prozent.

Dementsprechend sind es auch Menschen in Pension, die in der Demokratie häufiger das Idealmodell sehen. Auch Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss tun dies häufiger. Menschen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hingegen skeptischer.

Die unterschiedliche Einstellung über die

Bundesländer hinweg sind hingegen im Vergleich zur ersten Welle nicht stabil geblieben. In der aktuellen Befragungswelle zeigen sich Personen aus Kärnten häufiger mit der Demokratie als Idealmodell sehr zufrieden.

Eine finanziell bessere Position ist mit einer häufigeren Einschätzung der Demokratie als Idealmodell verbunden.

Die Bewertung der Qualität der heimischen Demokratie fällt dramatisch schlechter aus. Fragt man nicht wie in der obigen Fragestellung nach dem Modell Demokratie, sondern nach dem Funktionieren der Demokratie in Österreich so zeichnet sich ein anderes Bild. Nur **zehn Prozent bewerten die heimische Demokratie mit sehr gut**, weitere 51 Prozent sehen sie als eher gut an. Demgegenüber stehen bereits 26 Prozent, die die Demokratie eher schlecht bewerten und elf Prozent, die sie als sehr schlecht bewerten. Damit bleibt die Demokratiezufriedenheit auf einem historisch niedrigen Niveau und auch die erfolgte Neuwahl und anschließende Regierungsbildung konnten keinen positiven Effekt erzielen.

Es ist allerdings **hier keine Frage des Alters** und die Generationen unterscheiden sich nicht messbar hinsichtlich ihrer Bewertung der heimischen Demokratiequalität. Dieser Befund deckt sich auch mit der ersten Welle. In älteren Generationen ist der Gedanke „Idealmodell Demokratie“ stärker verankert als in jüngeren Generationen. Kritik an der Ausgestaltung des Idealmodells in Österreich kommt hingegen von allen Altersklassen gleichermaßen. Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist hier vor allem getrieben durch einen Universitäts- oder FH-Abschluss, ein besseres finanzielles Auskommen und eine positive Bewertung der vergangenen und künftigen Entwicklung.

Ähnlich fallen die Ergebnisse hinsichtlich der **Krisenfestigkeit** aus. Zwar findet sich eine **Mehrheit, die die Demokratie in Österreich gegenüber Krisen als gefestigt ansieht** (sieben Prozent sehr gefestigt und 51 Prozent eher schon gefestigt), aber bereits 28 Prozent sehen die Demokratie als eher nicht gefestigt und elf Prozent als gar nicht gefestigt an.

3.2.2 Reformbedarf

Der Demokratieradar fragt nach dem wahrgenommenen Reformbedarf in verschiedenen Bereichen des politischen Systems. Den klar **stärksten Reformbedarf nehmen die Menschen bei der Bekämpfung von Korruption in der Politik** wahr. 70 Prozent wollen hier jedenfalls Reformen sehen und wünschen sich eine stärkere Bekämpfung. Weitere 21 Prozent wünschen sich in dem Bereich zumindest eher eine Weiterentwicklung.

Der wahrgenommene Reformbedarf fällt in den weiteren Bereichen zwar ab, dennoch findet sich jeweils eine **Mehrheit**, die sich jedenfalls eine Reform in den **Bereichen Politische Bildungsarbeit, Transparenz in der Entscheidungsfindung der Regierung, unabhängige Medien und besseren Schutz der Pressefreiheit sowie eine stärkere Unabhängigkeit der Justiz** wünschen. Dazu kommt jeweils noch rund ein Drittel, die sich in diesen Bereichen zumindest eher Reformen wünschen, damit die Demokratie in Österreich in Zukunft besser funktioniert.

Etwas schwächer fällt der wahrgenommene Reformbedarf in den Bereichen respektvolle politische Debatte, Regulierung von Lobbyisten und direkte Demokratie aus. Ebenfalls nochmals eine Spur geringer wird der Reformbedarf in den Bereichen Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in der Politik und Kontrollrechte für die Opposition eingestuft.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum in der Wahrnehmung des Reformbedarfs. Hinsichtlich des Alters fällt auf, **dass Menschen ab 60 Jahren verstärkt einen Reformbedarf** wahrnehmen. Einzig in den beiden Bereichen Politische Bildung und Bessere Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen nehmen sie im Vergleich zur Gesamtbevölkerung keinen stärkeren Reformbedarf wahr. Tendenziell wünschen sich **Menschen mit einem formal höheren Bildungsabschluss (Universität, FH) verstärkt Reformen**, Menschen mit einem formal niedrigeren Bildungsabschluss (insbesondere

Pflichtschulabschluss) sehen häufiger keinen Reformbedarf. Dieses generelle Muster trifft explizit nicht auf den Bereich direkte Demokratie zu. Hier wünschen sich Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss messbar seltener einen verstärkten Ausbau.

Insgesamt zeigt sich damit, dass Menschen, die die Demokratie als Idealmodell sehen, in der konkreten Ausgestaltungsform in Österreich auch häufiger reformiert sehen wollen.

3.2.3 Nationalstolz

Die **Menschen in Österreich sind stolz** auf ihr Land. Acht von zehn befragten Österreicherinnen und Österreichern – die Frage wurde nur Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft gestellt – geben an stolz darauf zu sein, dass sie Bürgerin bzw. Bürger von Österreich sind. Nur neun Prozent sind eher nicht stolz und vier Prozent sind nach eigenen Angaben gar nicht stolz.

Männer haben einen **messbar ausgeprägteren Nationalstolz**. 45 Prozent der Männer geben an, sehr stolz auf Österreich zu sein. 38 Prozent tun dies bei den Frauen. Dieses Muster ist bereits aus der ersten Welle des Demokratieradars bekannt.

Auch **ältere Menschen (ab Jahren sowie Personen in Pension)** geben häufiger an, **sehr stolz auf Österreich** zu sein. Auf Menschen mit einem **Pflichtschulabschluss** trifft dies ebenso zu. Menschen, die in Wien leben bzw. in einem städtischen Umfeld leben sind hingegen im Vergleich zu allen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern weniger häufig sehr stolz.

3.3 Einstellungen zur Politik

3.3.1 Interesse und Vertrauen

Die Befragten sind nach eigenen Angaben **an der heimischen Politik interessiert**. Rund ein Drittel zeigt sich sehr interessiert und weitere 46 Prozent eher schon interessiert an der Politik in Österreich. Diesen Zahlen stehen Anteile von 15 bzw. fünf Prozent gegenüber, die sich

eher nicht bzw. gar nicht interessiert zeigen. Diese grundlegende Haltung gilt für Menschen aus Niederösterreich ebenfalls und wurde auch bereits in der ersten Welle des Demokratieradars gemessen.

Es erscheint wichtig darauf hinzuweisen, dass sich die **Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich des politischen Interesses aus der ersten Welle des Demokratieradars bestätigt** haben. Erneut geben insbesondere Männer an, sehr an der Politik interessiert zu sein (41 Prozent). Demgegenüber sagen dies nur 26 Prozent der Frauen.

Personen ab 60 Jahren sowie Personen in Pension sind häufiger sehr interessiert, Personen unter 30 Jahren hingegen weniger häufig. Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss sind nach eigenen Angaben ebenso häufiger sehr interessiert an der heimischen Politik.

Wichtig ist auch anzuführen, dass **die Bewertung des Funktionierens der Demokratie mit dem Interesse an der Politik zusammenhängt**. Personen, die angeben, dass die Demokratie sehr gut funktioniert, sind auch jene, die verstärkt sehr großes Interesse äußern (53 Prozent sind sehr interessiert). Personen, die angeben, dass die Demokratie sehr schlecht funktioniert, sind auch jene, die seltener sehr großes Interesse äußern (43 Prozent).

Fragt man allerdings nicht nach dem Interesse, sondern nach dem **Vertrauen in die Politik**, dann zeichnet sich ein anderes Bild. Es sind nur acht Prozent der Menschen, die großes Vertrauen in die Politik haben. Zwar haben immerhin 37 Prozent etwas Vertrauen, aber bereits 35 Prozent haben nur wenig und 19 Prozent gar kein Vertrauen.

Interessant ist die klare Unterscheidung, die die Menschen hinsichtlich des Vertrauens an verschiedene Institutionen und Akteure des politischen Systems machen. Der Demokratieradar legt eine Reihe von elf Institutionen und Akteuren vor und bittet die Befragten ebenfalls anzugeben, ob sie diesen großes, etwas, wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringen. Die Wissenschaft führt die Reihung

vor der Polizei klar an. **44 Prozent der Befragten haben großes und weitere 37 Prozent haben etwas Vertrauen in die Wissenschaft**. 39 Prozent haben großes und weitere 42 Prozent haben etwas Vertrauen in die Polizei.

Dahinter folgen das Bundesheer (30 Prozent großes bzw. 41 Prozent etwas Vertrauen) und die Justiz und Gerichte (29 bzw. 44 Prozent). Die Vertrauenswerte nehmen beim Parlament, der Europäischen Union, der öffentlichen Verwaltung, der Bundesregierung sowie den klassischen Medien bereits deutlich ab.

Das **Schlusslicht im Vertrauensranking bilden die politischen Parteien** (vier Prozent großes bzw. 27 Prozent etwas Vertrauen) und **die sozialen Medien** (drei bzw. 16 Prozent).

Es fällt auf, dass junge Menschen bis 29 Jahre ein geringeres Vertrauen in die Akteure Bundesheer (22 Prozent im Vergleich zu 30 Prozent gesamt), Justiz und Gerichte (23 Prozent im Vergleich zu 29 Prozent gesamt) und Polizei (29 Prozent im Vergleich zu 39 Prozent gesamt) haben. Besonders deutlich fällt dies auf, wenn die junge Altersgruppe bis 29 Jahre mit jener der Befragten im Alter von 60 Jahren oder älter verglichen wird: Während 29 Prozent der Jungen angeben, der Polizei großes Vertrauen entgegen zu bringen, so sind es bei den 60+-jährigen 50 Prozent.

Insbesondere in Wien ist das Vertrauen in einige Institutionen und Akteure geringer als bei den Befragten insgesamt (Bundesheer, Polizei, Justiz und Gerichte, Politische Parteien, Bundesregierung). Befragte aus Niederösterreich weichen hingegen nicht messbar von ihrem Vertrauen in die abgefragten Institutionen und Akteure ab.

3.3.2 Entscheidungsfindung und Bürgerbeteiligung

Der **Wunsch nach direktdemokratischer Beteiligung** drückt sich in der folgenden Frage klar aus. Die Befragten wurden gebeten, sich zwischen zwei Aussagen hinsichtlich der Gesetzgebung zu entscheiden. Die erste Aussage schlug vor, dass die politischen Entscheidungen in erster Linie von Parteien im Parlament getroffen werden sollen. Die zweite Aussage meinte hingegen,

dass politische Entscheidungen in erster Linie von der Bevölkerung getroffen werden sollen. Das Ergebnis ist fast ausgeglichen: **44 Prozent möchten die Parteien in der hauptsächlichen Verantwortung sehen und 48 Prozent die Bürgerinnen und Bürger.**

Acht Prozent können oder wollen sich nicht entscheiden und machen auf diese Frage keine Angabe. Dieser Wunsch nach einer hauptsächlichen Einbindung der Bürgerinnen und Bürgern ist auch in Niederösterreich zu finden.

Es sind besonders **junge Menschen bis 29 Jahre** die die **Hauptverantwortung für die Gesetzgebung in erster Linie bei der Bevölkerung** sehen wollen. 59 Prozent wünschen sich einen solchen Umbau des repräsentativen politischen Systems (im Vergleich zu 48 Prozent insgesamt). Bei Facharbeiterinnen und -arbeitern ist der Wunsch nach hauptsächlich direktdemokratischen Entscheidungen am deutlichsten ausgeprägt. Hier sind es sogar 68 Prozent. Auch Personen mit einem Lehr- oder BMS-Abschluss sowie Personen, die sich derzeit noch in Ausbildung befinden wünschen sich einen Vorrang für direktdemokratische Entscheidungen.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass es allerdings auch gerade **jene Menschen sind, die selbst angeben, sich nicht für Politik zu interessieren**, die häufiger fordern, dass die **Bevölkerung in erster Linie politische Entscheidungen treffen** sollte. In der Gruppe jener, die sich eher nicht für Politik interessieren, wünschen sich dies 61 Prozent. In der Gruppe jener, die sehr gar nicht für Politik interessieren, wünschen sich dies 60 Prozent (wobei hier bereits 19 Prozent keine Angabe machen können oder wollen).

Die weiteren Zusammenhänge hinsichtlich des Wunsches auf mehr direkte Demokratie sind die Folgenden: Zufriedenheit mit der Entwicklung Österreichs und positiven Erwartungen an die künftige Entwicklung sowie Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich stehen mit einer stärkeren Befürwortung der Parteien als hauptsächliche Entscheidungsträger im Zusammenhang. Auch Menschen, die nach eigenen

Angaben besser mit ihrem finanziellen Einkommen auskommen, drücken häufiger den Wunsch nach einer hauptsächlichen Entscheidungsgewalt der Parteien im Parlament aus.

Neben der gewünschten Einbindung in die Entscheidungsfindung fragt der Demokratieradar auch nach der **tatsächlich erfolgten Bürgerbeteiligung in den vergangenen zwölf Monaten**. 83 Prozent geben an, an einer Wahl teilgenommen zu haben. Die **Wahlteilnahme ist und bleibt die mit Abstand häufigste Methode** der politischen Partizipation. Dahinter folgen mit 40 Prozent der Befragten die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung/Volksbegehren und 30 Prozent geben an, ehrenamtlich gearbeitet zu haben. Geringer sind alle Werte für die Beteiligungsarbeiten Kontaktaufnahme mit einer Politikerin bzw. einem Politiker (20 Prozent haben dies in den vergangenen zwölf Monaten getan), Engagement in einer sozialen Bewegung (19 Prozent). Bereits von einem erneut messbar geringeren Anteil der Bevölkerung wird an einer Demonstration teilgenommen (zwölf Prozent), in einer Partei oder Bürgerinitiative mitgearbeitet (zehn Prozent) oder ein Abzeichen/ein Aufkleber für eine politische Kampagne eingesetzt (sieben Prozent).

Der Demokratieradar zeigt klar auf, dass alle **Partizipationsformen messbar häufiger von der Gruppe jener, die angeben sehr an Politik interessiert zu sein**, in Anspruch genommen wurden. Bei fünf von acht abgefragten Partizipationsmöglichkeiten haben sich Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss häufiger beteiligt.

Angemerkt werden muss auch, dass **Personen bis 29 Jahren bei den traditionellen Beteiligungsformen Wahl und Unterschriftensammlung eine messbar geringere Partizipation** im Vergleich zur Gesamtbevölkerung angeben. Auch geben sie an, seltener eine Politikerin bzw. einen Politiker kontaktiert zu haben. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hat die Generation bis 29 Jahre allerdings häufiger an einer Demonstration teilgenommen.

Mit Ausnahme der Wahlteilnahme und der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung sind es bei den

anderen Beteiligungsformen verstärkt jene Menschen, die zufrieden (!) sind mit der vergangenen Entwicklung Österreichs, die sich politisch beteiligt haben.

Personen aus Wien beteiligen sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung tendenziell weniger, einzig die Partizipationsmöglichkeit der Demonstration wird in Wien häufiger genutzt. Niederösterreich fällt hier im Vergleich zu Gesamtösterreich nicht durch ein über- oder unterdurchschnittliches Partizipationsverhalten auf.

3.3.3 Politisches Effektivitätsgefühl

Die Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zur Politik lässt sich auch über das sogenannte **politische Effektivitätsgefühl** messen. Das interne politische Effektivitätsgefühl meint, inwiefern sich Menschen kompetent im Umgang mit politischen Themen fühlen. Im Rahmen des Demokratieradars wird daher die folgende Aussage vorgelegt: „Politik ist manchmal so kompliziert, dass Leute wie ich kaum noch verstehen, was passiert.“ 17 Prozent der Befragten können sehr und weitere 34 Prozent eher zustimmen. Damit fühlt sich **rund die Hälfte der befragten Personen zumindest teilweise überfordert mit politischen Ereignissen**. Für 27 Prozent stimmt die Aussage nicht zu und für 20 Prozent ist sie gar nicht zutreffend.

Frauen weisen ein messbar schwächeres internes politisches Effektivitätsgefühl auf: 59 Prozent der Frauen meinen, dass Politik für sie manchmal zu kompliziert ist (21 Prozent stimmen sehr zu, 38 Prozent stimmen eher zu). Im Vergleich dazu meinen dies nur 41 Prozent der Männer (elf Prozent stimme sehr zu, 30 Prozent stimme eher zu). **Frauen fühlen sich in ihrer eigenen Wahrnehmung mehrheitlich nicht politisch kompetent.**

Auch junge Menschen bis 29 Jahre, Menschen mit einem Pflichtschulabschluss und Menschen, die knapp mit ihrem Einkommen auskommen stufen sich besonders häufig als nicht politisch kompetent ein.

Wichtig ist aber auch hier wieder der folgende Zusammenhang zu betonen: Personen, die sich nach eigenen Angaben nicht für Politik interessieren, stimmen der Aussage, dass sie die Politik überfordert, häufiger zu.

Das externe politische Effektivitätsgefühl meint hingegen, inwiefern Menschen davon ausgehen, die Politik beeinflussen zu können. Die dazugehörige Aussage lautet dementsprechend: **„Menschen wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Auch hier findet sich eine Mehrheit, die diesem Statement zustimmen kann.** 30 Prozent bzw. 36 Prozent stimmen der Aussage sehr bzw. eher zu und haben somit nach eigenen Angaben ein (eher) geringes externes politisches Effektivitätsgefühl. Nur 22 Prozent meinen, dass sie hier zumindest eher nicht zustimmen können und gar nur elf Prozent lehnen das Statement als unzutreffend ab.

Anders als beim internen Effektivitätsgefühl gibt es in **Bezug auf das externe Effektivitätsgefühl keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern**. Auch zwischen den Altersgruppen ist keine Varianz messbar. Nur erneut jene Personen, die einen Lehr- oder BMS-Abschluss haben, meinen messbar häufiger, dass sie keinen Einfluss auf die Politik haben (36 Prozent stimme sehr zu im Vergleich zu 30 Prozent gesamt). Bei Personen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss ist es umgekehrt: Hier stimmen vergleichsweise nur 18 Prozent der Aussage sehr zu, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung haben.

Eine negative Bewertung der Vergangenheit und Zukunft sowie des Funktionierens mit der Demokratie an sich stehen in einem engen Zusammenhang mit einem geringen externen Effektivitätsgefühl (und damit mit dem Gefühl, dass man selbst keinen Einfluss auf die Politik hat).

45 Prozent jener, die angeben mit dem eigenen Einkommen nur knapp auszukommen, stimmen der Aussage zum externen Effektivitätsgefühl sehr zu. Weitere 31 Prozent aus dieser Gruppe stimmen eher zu. Somit geben 76 Prozent dieser Befragten an, dass sie keinen Einfluss auf die Politik haben.

Nach den Bundesländern ergibt sich keine unterschiedliche Verteilung des politischen Effektivitätsgefühls (intern und extern).

Bei beiden Fragestellungen lässt sich zudem eine **Tendenz in Richtung eines im Vergleich zur ersten Welle gesunkenen Effektivitätsgefühls** feststellen.

3.3.4 Aktivitäten in Institutionen und Vereinen

Rund ein **Drittel der Menschen sind in ihrer Freizeit in Vereinen** organisiert. 33 Prozent geben an, dass sie in Freizeitvereinen wie einem Sport-, Musik- oder Kulturverein aktiv sind.

Männer sind häufiger in Freizeitvereinen organisiert. 39 Prozent der Männer, aber nur 28 Prozent der Frauen geben eine Mitgliedschaft an. Hinsichtlich der weiteren soziodemographischen Merkmale zeigen sich häufigere Vereinstätigkeiten in der Gruppe der 30- bis 44-jährigen, der Berufstätigen und jener mit Universitäts- oder FH-Abschluss.

Menschen in Oberösterreich geben besonders häufig an, in ihrer Freizeit in einem Verein aktiv zu sein (43 Prozent). **Menschen aus Wien besonders selten** (22 Prozent). Auch in Gesamtösterreich macht sich ein Stadt-Land-Gefälle mit einer höheren Vereinsquote im ländlichen Gebiet sichtbar.

Die **anderen abgefragten Institutionen bzw. Vereine sind bereits deutlich seltener** frequentiert. 18 Prozent geben an bei einer ehrenamtlichen Institution wie beispielsweise der Freiwilligen Feuerwehr oder einer Rettungsorganisation dabei zu sein. Nur zwölf Prozent sind bei politischen Institutionen (z.B. Gemeinderat, Gewerkschaft oder einer Partei) und zehn Prozent geben an, sich in Bildungs- und Jugendeinrichtungen (z.B. Elternbeirat, Bildungsinitiativen, Pfadfinder) zu engagieren.

In der Vereinstätigkeit lassen sich keine Unterschiede zwischen Österreich und der Vergleichsgruppe Niederösterreich erkennen. Das konstante Muster über die verschiedenen Institutionen bzw. Vereine hinweg ist zumeist eine geringere Beteiligung von Menschen aus Wien im

Speziellen und Menschen, die in einem städtischen Gebiet im Allgemeinen wohnen. Auch Befragte, die nach eigenen Angaben sehr interessiert sind, weisen eine höhere Beteiligung an den abgefragten Institutionen bzw. Vereinen auf. In Bildungs- und Jugendeinrichtungen sind verstärkt Menschen aus dem öffentlichen Dienst engagiert (21 Prozent im Vergleich zu zehn Prozent gesamt).

3.4 Öffentliche Verwaltung

3.4.1 Allgemeine Bewertung

Den Schwerpunkt der zweiten Welle des Demokratieradars bildet die Öffentliche Verwaltung. Der Demokratieradar fragt, wie zufrieden die Bürgerinnen und Bürger mit den Leistungen und Services der Behörden und Ämter in ihrem Bundesland sind. **Das Ergebnis ist für die heimische Verwaltung durchaus positiv: 73 Prozent sind zufrieden (13 Prozent sehr zufrieden und 60 Prozent eher zufrieden).** Demgegenüber stehen 24 Prozent Unzufriedene (18 Prozent eher nicht zufrieden und sechs Prozent gar nicht zufrieden).

Zwischen den Geschlechtern zeigen sich keine Unterschiede hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Verwaltung, **mit zunehmendem Alter lässt sich hingegen eine höhere Zufriedenheit** feststellen. Dies trifft auch für Personen in Pension zu.

Menschen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben, zeigen sich zu 21 Prozent sehr zufrieden mit der Verwaltung. Menschen, die nach eigenen Angaben meist nur knapp auskommen, nur zu neun Prozent.

Menschen, die die vergangene und künftige Entwicklung Österreichs eher positiv beurteilen und die Demokratie in Österreich als sehr gut beurteilen, sind auch häufiger sehr zufrieden mit der öffentlichen Verwaltung.

Dieser weiter oben beschriebene Befund – insgesamt ist man zufrieden, vergibt aber in Summe seltener die Bestnote – zeigt sich auch bei der Bewertung der Öffentlichen Verwaltung im Detail. Der Demokratieradar legt den **Befragten acht Merkmale rund um die**

Servicequalität von Behörden und Ämter vor und bittet diese anhand einer 4-teiligen Skala von sehr bis gar nicht gut zu bewerten. Mit Ausnahme der Bearbeitungszeit von Anträgen erhalten **alle Merkmale überwiegend positive Bewertungen**. Hinsichtlich der Bearbeitungszeit vergeben zehn Prozent eine sehr gute und 38 Prozent eine eher gute Bewertung.

Die **größte Zufriedenheit** wird in puncto **Freundlichkeit** erreicht. 23 Prozent der Befragten empfinden diese als sehr gut und weitere 50 Prozent als eher gut. Mit Blick in die Daten aus Niederösterreich zeigt sich, dass die Freundlichkeit von Behörden und Ämtern hier sogar nochmals häufiger mit der Bestnote bewertet wird. Dahinter liegen die Merkmale Erreichbarkeit (17 Prozent sehr gut bzw. 44 Prozent eher gut), Verständlichkeit von Informationen (15 bzw. 50 Prozent) und Wartezeit vor Ort (zwölf bzw. 45 Prozent). In der Reihenfolge weiter dahinter liegen die Merkmale Bearbeitungszeit von Anträgen, Qualität der Entscheidungen, Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und die Wartezeit auf einen Termin.

Eine durchgängige Systematik nach soziodemographischen Gruppen lässt sich über die vorgelegten Merkmale hinweg nicht feststellen. Eine insgesamt positive Bewertung (Entwicklung, Zukunft, Demokratie) allgemein steht häufig im Zusammenhang mit einer hohen Zufriedenheit der abgefragten Merkmale. Hinsichtlich der Bundesländer weisen die Menschen in Wien oftmals weniger eine große Zufriedenheit mit ihrer öffentlichen Verwaltung auf.

3.4.2 Zukunft der digitalen Verwaltung

Auch mit den **online-Auftritten der Behörden und Ämter sind viele Menschen zufrieden**. Zwölf Prozent geben an, dass sie sehr zufrieden sind und weitere 47 Prozent sind eher zufrieden. Zwei Punkte sind hierbei bemerkenswert: diese Zahlen bedeuten freilich, dass 21 Prozent eher nicht und sieben Prozent gar nicht zufrieden sind. Außerdem haben hier auffallend viele Menschen keine Angabe gemacht. **14 Prozent können oder wollen die digitale**

Verwaltung nicht beantworten. Diese Befunde treffen auch spezifisch auf die niederösterreichische Verwaltung zu.

Der Demokratieradar gibt zudem Auskunft darüber, worauf die digitale Verwaltung in Zukunft setzen soll. Der **größte Wunsch besteht hinsichtlich eines Ausbaus der Online-Terminbuchungen** bei Behörden und Ämtern. 52 Prozent wünschen sich dies und 26 Prozent wünschen sich dies eher. Ebenfalls breite Zustimmung finden die Punkte Beantragung von Förderungen wie z.B. der Wohnbauförderung (45 Prozent ja bzw. 29 Prozent eher ja) und Digitale Dokumente wie z.B. der digitale Führerschein (42 bzw. 25 Prozent). Ein Gutteil der Befragten kann sich auch eine Digitale Anlaufstelle für Unternehmen z.B. durch eine digitale Gewerbeanmeldung vorstellen (35 bzw. 28 Prozent). Ähnliche Wünsche äußern Befragte aus Niederösterreich.

Ältere Befragte im Alter von 60 Jahren oder mehr wünschen sich weniger häufig jedenfalls einen Ausbau der digitalen Verwaltung. Die anderen Altersgruppen unterschieden sich nicht merklich in ihren Wünschen nach einem Ausbau. Besonders häufig wünschen sich Menschen mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss sowie Berufstätige einen Ausbau.

Diese Zahlen spiegeln auch wider, dass insgesamt eine **Mehrheit der Befragten künftig mehr Behördenwege online erledigen möchte**. Ein Drittel stimmt einer entsprechenden Aussage sehr zu und 34 Prozent stimmen dem zumindest eher zu. Umgekehrt glauben die meisten Menschen nicht, dass die Digitalisierung bei den Behörden und Ämtern bereits zu weit fortgeschritten ist. Aber auch hier sind es dennoch elf bzw. 22 Prozent, die die Digitalisierung sehr wohl als zu weit fortgeschritten sehen und auch hier sind es immerhin zwölf Prozent, die diese Frage nicht beantworten können.

In Zukunft werden vor allem die Altersgruppe 30 bis 44 Jahre, Menschen mit Maturaabschluss oder einer formal höheren Ausbildung, Berufstätige sowie Menschen aus Wien die digitalen Angebote der Behörden nutzen. Dies trifft auch für Menschen aus dem städtischen Gebiet allgemein sowie auf Menschen, die nach eigenen Angaben meist genug Geld haben zu.

Es muss festgestellt werden, dass die **Befragten unterschiedliche Auffassungen darüber haben, ob das online-Angebot verständlich ist**. Für rund die Hälfte ist es verständlich (14 Prozent stimmen einer entsprechenden Aussage sehr zu und weitere 37 Prozent eher), aber für die andere Hälfte ist es entweder unverständlich (26 Prozent lehnen die Aussage eher bzw. zwölf Prozent lehnen diese sehr ab) oder sie machen keine Angabe (elf Prozent).

Es gibt hier auch keine auffallenden soziodemographischen Unterschiede hinsichtlich der Bewertung der Verständlichkeit der online-Angebote.

3.4.3 Einsatz Künstlicher Intelligenz

Der Demokratieradar zeigt, dass die Menschen in Bezug auf den **Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI)** in Behörden und Ämtern zur Verbesserung der Services geteilter Meinung sind. **Neun Prozent sehen diesen sehr positiv und 34 Prozent zumindest eher positiv**. Demgegenüber stehen 28 Prozent, die den Einsatz als eher negativ einstufen. Es sind 16 Prozent, die KI in der Verwaltung als sehr negativ bewerten. Auch gibt es im Vergleich mit 13 Prozent **einen hohen Anteil an Befragten, der hier keine Angabe machen möchte**. Ähnliche Einstellungen lassen sich auch in Niederösterreich finden, wobei lediglich sechs Prozent den Einsatz als sehr positiv bewerten.

Jüngere Menschen stehen dem Einsatz deutlich positiver gegenüber. In der Gruppe der Befragten bis 29 Jahre sehen 13 Prozent den Einsatz von KI in der Verwaltung als sehr positiv und weitere 45 Prozent als eher positiv. Zum Vergleich: in der Gruppe der Menschen ab 60 Jahren sehen acht Prozent den Einsatz als sehr positiv und 29 Prozent als eher positiv an.

Es finden allerdings die Bereiche eine unterschiedliche Akzeptanz für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. **Sehr hohe Zustimmung findet die KI-gestützte automatische Beantwortung einfacher Anfragen wie z.B. Öffnungszeiten**. 41 Prozent wünschen sich hier einen verstärkten Einsatz und weitere 28 Prozent einen eher

verstärkten Einsatz. Auch Unterstützung bei der Datenauswertung und damit z.B. zum Erstellen von Statistiken kann sich eine Mehrheit vorstellen. Jeweils 32 Prozent können sich hier einen Einsatz jedenfalls oder zumindest eher vorstellen.

Immer noch die Hälfte der Befragten wäre zumindest eher mit dem Einsatz von KI bei Entscheidungen über die zeitliche Reihenfolge der Beantwortung von Anfragen einverstanden (21 Prozent ja, 29 Prozent eher ja). Nur mehr elf bzw. 16 Prozent könnten sich den Einsatz von KI bei inhaltlichen Entscheidungen von Anträgen vorstellen. Es sind hier bereits 25 Prozent, die sich dies eher nicht und weitere 38 Prozent, die sich dies gar nicht vorstellen können.

Hinsichtlich der Soziodemographie ist klar: Junge, Menschen in Ausbildung und/oder in der Stadt lebend sowie mit ausreichendem Einkommen stehen dem Einsatz von KI positiver gegenüber. Die **Werte aus Niederösterreich sind hier in der Tendenz kritischer** gegenüber dem Einsatz von KI eingestellt.

Impressum

Institut für Strategieberatungen GmbH Parkring 12/3/87f
1010 Wien

Tel.: +43 (0)1 974 43 30

Mail: office@strategieanalysen.at

UID: ATU63793513

Firmenbuchnummer 302301k, Handelsgericht Wien



Die Studie wurde im Auftrag vom Land Niederösterreich durchgeführt und ist auch Teil der Projektplattform Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL).

